

Soldaten, Beamte und Abgeordnete bekommen höhere Bezüge

Mittwoch, 7. Mai 2008, 18:19 Uhr

Berlin (Reuters) - Soldaten, Richter und andere Beamte des Bundes erhalten ab 2008 mehr Geld.

Das Kabinett beschloss am Mittwoch die Übernahme des Tarifabschlusses von Ländern und Kommunen auf die Bediensteten des Bundes. Regierungssprecher Ulrich Wilhelm sagte, damit nähmen sie teil an der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. In der Folge werden auch die Diäten der Abgeordneten nochmals steigen, die an die Einkommen von Bundesrichtern gekoppelt sind. In der SPD-Fraktion regte sich erster Widerstand gegen die Erhöhung der Bezüge der Parlamentarier.

Die Dienst- und Versorgungsbezüge der Bundesbediensteten steigen ab 2008 um einen Sockelbetrag von 50 Euro. Dazu kommt eine Erhöhung um 3,1 Prozent und ab 2009 um 2,8 Prozent. Zudem gibt es 2009 eine Einmalzahlung von 225 Euro. Das Gesetz wird am Freitag im Bundestag eingebracht. Seine spätere Verabschiedung gilt als sicher. Auf den Bundeshaushalt kommen dadurch für 2008 und 2009 Kosten von gut 2,1 Milliarden Euro zu. Ab 2010 werden es jährlich 1,26 Milliarden Euro sein.

Gegen die im selben Gesetzentwurf festgeschriebene Erhöhung der Diäten kündigten drei SPD-Abgeordnete Widerstand an. "Ich werde der Anhebung der Abgeordnetenentschädigung nicht zustimmen", schrieb der Innenexperte Dieter Wiefelspütz im Internetportal "**Abgeordnetenwatch**". Auch die Abgeordnete Gabriele Hiller-Ohm will den Angaben zufolge nicht zustimmen. Die SPD-Fraktion hatte die Anhebung am Dienstag mit klarer Mehrheit gebilligt. In der Debatte gab es auch Kritik.

SPD-FRAKTIONSFÜHRUNG VERTEIDIGT DIÄTEN-ERHÖHUNG

Der SPD-Finanzpolitiker Florian Pronold ließ offen, ob er zustimmen wird. Der Münchner Zeitung "tz" sagte er laut Vorabbericht, mit der Anhebung der Diäten im vergangenen November sei die Tarifierhöhung möglicherweise mitabgedeckt gewesen. Er wolle dies prüfen. Der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Thomas Oppermann, sagte dagegen, die neuerliche Anhebung liege in der Logik der Entscheidung vom November, die die Diäten an die Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst koppelt. Oppermann verteidigte auch die gemeinsame Abstimmung über die heikle Diätenerhöhung und die unproblematische Beamtenbesoldung.

Die neuerliche Diätenerhöhung war auf heftige Kritik der Opposition sowie des Steuerzahlerbundes gestoßen. Im vergangenen Jahr war bereits beschlossen worden, die Bezüge der Volksvertreter in mehreren Schritten um knapp zehn Prozent heraufzusetzen. 2008 sollen die Diäten nun insgesamt um 8,3 Prozent klettern.